

Lisa Bicknell / Benjamin Conrad / Hans Christian Petersen (Hg.): Kommunikation über Grenzen. Polen als Schauplatz transnationaler Akteure von den Teilungen bis heute. Berlin: LIT-Verlag 2013 (= Mainzer Beiträge zur Geschichte Osteuropas; 6). 158 S. ISBN 978-3-643-11971-1

Der Band vereint Beiträge der „Zweiten Tagung Deutsche Polenforschung“ im September 2011 in Mainz, überwiegend Ausschnitte aus laufenden oder gerade abgeschlossenen Forschungsarbeiten. Fünf der sieben Autor(inn)en arbeiten an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Mainz.

Zum ersten Themenblock „Kommunikation über die Verortung Polens in Europa“ geht Benjamin Conrad („Das Ende der Föderation. Die Ostpolitik Piłsudskis und des Belweder-Lagers 1918-1920“) von der These von zwei nach 1918 konkurrierenden Auffassungen zur Ostpolitik des neuen Polen aus: dem Inkorporationskonzept Dmowskis und der Föderationsidee Piłsudskis. Er verfolgt die Ostpolitik des Belweder-Lagers von der Kriegszeit bis zum Frieden von Riga 1920 und arbeitet das Ziel der Vormachtstellung Polens im östlichen Mitteleuropa heraus. Nur unter dem Aspekt dieser politischen Zielsetzung lässt sich seine These von einem „Misserfolg im polnisch-sowjetischen Krieg“ 1920 (S. 25) diskutieren. Aus welchen Indikatoren er auf „die Vormachtstellung Polens in Ostmitteleuropa“ schließt, die durch diesen „Misserfolg“ zusammengebrochen sein soll (S. 25), bleibt rätselhaft, schließlich hatte der neue Staat damals genug andere offene Grenzfragen. In einem Epilog diskutiert Conrad die wichtigsten Positionen zur „Föderationspolitik“ der unmittelbaren Nachkriegszeit und schließt (S. 29): „Die Debatte ist entschieden. Piłsudski war kein Föderalist.“ Im anderen Beitrag zum Themenkomplex untersucht Steffi Marung (Leipzig), ausgehend von der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, „Neue und alte Grenzen, neue und alte Missionen: Polens Ort in Europa“. Sie verweist auf frühere Konzeptionen der „polnischen Mission im Osten“ zwischen „Brücke“ und „Bollwerk“ und preist die Veränderungen seit 1989 insbesondere „Die Polono-Lithuanisierung der EU-Ostpolitik: Vom polnisch-ukrainischen Nachbarschaftsvertrag zur Östlichen Partnerschaft“ als „eines der erfolgreichsten Projekte polnischer Europa- und Ostpolitiker“ (S. 59). Russland spielt in Marungs Darstellung als Hintergrund der polnischen Ostpolitik keine Rolle, was nicht nur eingedenk der Entwicklungen der letzten Jahre zu überdenken wäre. Beide Beiträge sprechen klassische Themen der Außenpolitik an. Was sie mit spezifischer „Kommunikation“ und „Transnationalität“ außer mit der Einführung modischer Termini der Forschung als

Allgemeinplätze zu tun haben, erschließt auch nicht der den Band beschließende Kommentar Jan Kusbers. „Internationale“ werden zu „transnationalen Akteuren“ umetikettiert.

Die vier anderen Beiträge werden unter „Transnationale Kommunikation polnischer und europäischer Akteure“ subsumiert: Zur „Kommunikation zwischen Zentrale und Peripherie. Wien und Galizien 1772-1848“ geht es Daniela Druschel bei „der Untersuchung der durch die erste und dritte Teilung Polens[!]-Litauens 1772 und 1795 verloren gegangenen Grenzen [...] nicht um die territoriale, sondern um die mentale Grenze zwischen dem ehemals polnischen [...] Gebiet und der neuen Herrschaft“ und ihre „Rolle [...] in der österreichischen Verwaltungsorganisation“ (S. 63-64). Sie geht dabei allerdings nicht auf die bei der Eroberung bestehende Landesverfassung, vor allem nicht auf die politische Rolle des grundbesitzenden Adels ein, ebenso wenig auf die Versuche Kaiser Joseph II., in der gesamten Monarchie die auf adlige Selbstverwaltung gestützten ständischen Verfassungen durch eine moderne, auf eine gesamtstaatlich orientierten Beamtenschaft gegründete Staatsverwaltung zu ersetzen, wofür das Königreich [nicht die „Provinz“, S. 65] Galizien und Lodomerien, wie in der Zwischenzeit Artur Bachmann am Beispiel auch der Einführung des von Druschel untersuchten Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) herausgearbeitet hat [1], eine Art Musterland werden sollte. Man misstraute dabei nicht „den Polen“ (S. 67), sondern dem polnischen Adel, und die für die Verwaltung durchaus wesentlichen „Ruthenen“ kommen nicht vor. Die „sprachliche Herausforderung“ durch die Einführung des Deutschen als Amtssprache (bei gleichzeitiger Pflege der „Landessprachen“) war, anders als Druschel in ihrer galizienfixierten Tunnelsicht meint, ein Problem der Gesamtmonarchie, ebenso Funktion und Bedeutung des Lateinischen bis in die Zeit des Vormärz. Beim „Umgang der Zentrale mit den Beamten in [?] der Peripherie“ (S. 74) beschränkt sich die Autorin auf den Konflikt zwischen dem ersten Gouverneur Perglen und Joseph II. sowie die Arbeit am ABGB und am Strafgesetzbuch. Auf das Weiterwirken des von Joseph II. eingerichteten Beamtensystems geht sie wie auf die Entwicklungen vom Wiener Kongress bis zur Revolution 1848 nicht ein [2]. Dass die aus den „Provinzen“ (S. 79) eingeforderten Meinungen der zentralistischen Politik „Wiens“ untergeordnet wurden, ist nichts Neues (S. 79) und zeigt durchaus eine Form „gleichrangiger“ Behandlung, jedoch nicht, „dass die Zentrale an einer Überwindung der mentalen Grenzen interessiert war, vor allem im Kontext der Zentralisierungsmaßnahmen um 1800“ (S. 79). Die Zweisprachigkeit der Gesetzes- und Verwaltungspraxis ist Ausdruck von Herrschaftspragmatik, jedoch kein Indiz für irgendeine Form „mental“ Entgegenkommens (von wem auch immer, jedenfalls fehlt jede sozialgeschichtliche Differenzierung). Aus Druschels Darlegung erschließt sich

nicht, dass „die teilweise Ausbreitung der deutschen Sprache in der Verwaltung zeigt [...], dass die [bis 1848 nicht überwundene mentale] Grenze zeitweise transparenter wurde“ (S. 80). Sie schließt mit dem nachdenklich machenden Satz: „Der Mangel an polnischsprachigem Personal, so folglich auch an Polen, macht aber zugleich deutlich, dass die Grenze nach wie vor existent war.“

Dass die „Problematisierung der Tuberkulose in der Provinz Posen um die Jahrhundertwende“ [1900] für den polnischsprachigen wie den deutschsprachigen Teil der Gesellschaft parallel unternommen wurde und dass auch „Ärzte polnischer Herkunft“ (S. 89) von deutschen Vereinen zur Tuberkulosebekämpfung herangezogen wurden, kann eigentlich nicht verwundern, ist doch Seuchenbekämpfung ein klassisches gesamtgesellschaftliches, also in national gemischten Regionen „transnationales“ Konzept. Bei ihrer Analyse der gesundheitspolitischen Maßnahmen zeigt aber Justyna A. Turkowska (Gießen), wie die Gesundheitspropaganda durch deutsche und polnische Vereine „eher als moralischer ‘Disziplinierungsaufwurf’ verstanden [wurde], als Aufruf zum Kampf ,gegenüber den und bedrohenden Gegner’ – [..., der] morgen unter anderem Namen erscheinen konnte“ (S. 101): „Polnische Vereine, auch die hygienischen, waren per se verdächtig, nationalpolnische Agitation zu betreiben“ (S. 100). So ergibt sich für Leser(innen) ein spezifisches Bild von „Transnationalität“.

Ob auch der Dialog, den die „Star-Journalisten“ (S. 104) Mieczysław Rakowski, der letzte kommunistische Ministerpräsident Polens, und Marion Gräfin Dönhoff über die deutsch-polnischen Beziehungen in den 1970er und 1980er Jahren geführt haben, dieses Etikett verdient, sei dahingestellt. Lisa Bicknell vermeidet jedenfalls bei ihrer lesenswerten Aufarbeitung und Analyse der „Ebenen direkter und indirekter Kommunikation“ (S. 109) zwischen den Wochenzeitungen „Die Zeit“ und „Polityka“ mit gutem Grund diesen Begriff. Anders als in den erwähnten Beiträgen kann sie die „Akteure“ ohne Problem eindeutig bestimmen.

Das gilt auch für Hans-Christian Petersen, der die neun „Lindenfelser Gespräche“ zwischen deutschen Polen-Historikern und -Experten sowie Vertretern der polnischen Emigration in den Jahren 1964 bis 1979 unter die Frage, ob und inwieweit sie „Wegbereiter der deutsch-polnischen Verständigung“ gewesen sind, unter Nutzung des Nachlasses des Mainzer Osteuropahistorikers Gotthold Rhode untersucht. Er umreißt zunächst die „Wegmarken zum Beginn der von dem 1945 in die USA emigrierten „Polen deutscher Herkunft“ und Soziologen Jerzy Hauptmann (1920-2008) und dem Mainzer Osteuropahistoriker Gotthold Rhode (1916-1990) initiierten Gespräche“, insbesondere die früheren Versuche deutsch-

polnischer Gespräche. Den Kreis verbanden ein strikter Antikommunismus und die konservative Weltsicht (S. 133). Petersen skizziert „Personen und Themen“ der Treffen, an denen mehr als 100 Teilnehmer und Gäste aus 16 Ländern teilgenommen haben. Von deutscher Seite sind vor allem vor 1945 in Polen geborene Experten wie neben Rhode Georg W. Strobel, Richard Breyer oder Karl Dedecius zu nennen, dazu Vertreter der deutschen Polenforschung, von polnischer Seite Vertreter der Emigrationen von 1945, 1956 und 1968. Wichtig war, dass die deutsche und die polnische Sprache in den als „unpolitisch“ deklarierten „Gesprächen“ gleichberechtigt gebraucht wurden, die Kenntnis beider Sprachen also Voraussetzung für die Teilnahme war. Über die Inhalte informierte die Publizistik der polnischen Emigration, in der Bundesrepublik Deutschland erschien 1972 randlagig ein von Hauptmann und Rhode herausgegebener Berichtsband über die ersten fünf Treffen, darüber hinaus wurde die Veranstaltung bestenfalls von Spezialisten wahrgenommen. Der antideutsche Teil der Emigration lehnte die Gespräche ab, in der Volksrepublik Polen wurden sie kritisiert, in der Bundesrepublik Deutschland passten sie Anfang der 1970er Jahre „nicht mehr in die allgemeine politische Situation“ (S. 135). Die Lindenfelser Gespräche beeinflussten das Deutschlandbild der polnischen Emigration positiv, auch förderten sie den Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen dieser Emigration (S. 137). Der „Ablauf der Gespräche“ stelle „ihren vielleicht bleibendsten Wert“ dar, dazu die Überwindung „sprachlicher wie kollektiver Grenzen“ (S. 138). Ob diese Gespräche mit Vertretern aus Kreisen der Emigration, wie der Autor abschließend hervorhebt, tatsächlich „einen wichtigen Wegbereiter der deutsch-polnischen Verständigung nach 1945“ darstellen (S. 138), sei dahingestellt, auch wenn Rhode diese Meinung später offensiv vertreten hat.

In seinem Kommentar „Kommunikation über Grenzen und das Beispiel Polen vom 18. bis zum 21. Jahrhundert“ bietet Jan Kusber eine Reihe von Beispielen vor allem aus dem polnisch-deutschen Verhältnis. In der Einleitung führen die Herausgeberin und der Herausgeber in die Beiträge ein, bevor sie mit „Transnationale Akteure in Austausch und Kommunikation“ (S. 5-7) wenige Einblicke in die dem Band zugrundeliegenden Überlegungen geben; Der dort beschriebene „Komplex aus Sprache und Kommunikation, entweder über Grenzen oder über Grenzen hinweg,“ sei „das verbindende Element der Beiträge“ (S. 6): „Abgesehen von der Beschäftigung mit Polen“ vereine „die vorliegenden Forschungen [...] auf wissenschaftstheoretischer Ebene, der sich primär durch den Fokus auf historische Akteure äußert und sich überdies in der wiederkehrenden Bedeutung von Sprache als kulturellem Medium und Deutungen bzw. Selbstbildern als kultureller Praxis festmachen lässt.“ (S. 7)

Hier bedürfte es eines fundierteren theoretisch-methodischen Ansatzes, vor allem einer Begründung von „Transnationalität“ (im Unterschied zum Beispiel von „Internationalität“). Es spreche viel dafür, hat Kiran Klaus Patel 2004 in seiner Berliner Antrittsvorlesung „Nach der Nationalfixiertheit“ dargelegt, „transnationale Geschichte primär über die Art zu definieren, wie sie die Nationalfixierung zu überwinden sucht“ (S. 9), es seien die „wechselseitigen Wahrnehmungen, auf denen Übertragungen jeder Art aufbauen“, wie es für Turkowska, Bicknell und Petersen zutrifft. „Insgesamt“ zeichne „sich die transnationale Geschichte somit nicht durch ein einheitliches Theorieprogramm oder ein in sich geschlossenes theoretisch-analytisches Konzept aus“ (S. 26). Im vorliegenden Band erlagen die „transnationalen Akteure“ allerdings, ungeachtet der Qualität der Beiträge im Einzelfall, der in diesem Ansatz liegenden Gefahr der Beliebigkeit.

[1] Artur Bachmann, Vom Warschauer Traktat 1768 zum Protestantenpatent 1861, Herne 2012.

[2] Vgl. bereits Fritz Valjavec, Die josephinischen Wurzeln des österreichischen Konservatismus, in: Ders.: Ausgewählte Aufsätze. München 1963, S. 323-330.

Wolfgang Kessler (Viersen)

Maximilian Becker: Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939 – 1945 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 101). München: de Gruyter Oldenbourg 2014. 343 S., Ill. ISBN 978-3-486-77837-3.

„Eingegliederte Ostgebiete“ bezeichnete in der NS-Sprache das im Oktober 1939 vom Deutschen Reich annektierte Westpolen. Als Leitlinie der deutschen Herrschaft über diese Gebiete galt der von Hitler propagierte antipolnische und antisemitische „Volkstumskampf“, d.h. die rücksichtslose rassistische Neuordnung mit dem Ziel einer vollständigen Germanisierung. Welche Bedeutung hierbei der Justiz zukam, untersucht Maximilian Becker in seiner von Dieter Pohl betreuten Münchner Dissertation von 2011/12, deren Druckfassung vom Forum Justizgeschichte mit dem Richard-Schmid-Preis 2014 für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Juristischen Zeitgeschichte prämiert wurde.

Auch wenn Becker gleich zu Anfang betont, die Annexionsjustiz sei beim Völkermord an Juden und Polen „in erster Linie Zuschauer“ geblieben (S. 23), gelingt es ihm im Zuge seiner Arbeit nachzuweisen, dass sie – wie im „Altreich“ – auch in den „eingegliederten

Ostgebieten“ eine wesentliche Rolle bei der Legitimierung und dem Funktionieren der NS-Herrschaft gespielt hat.

Hierzu hat Becker erstmals systematisch Organisation, Personal, Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, das Verhältnis zur Polizei, den Strafvollzug sowie die Nachgeschichte der deutschen Justiz im annektierten Westpolen untersucht und hierzu Quellen in zahlreichen deutschen und polnischen Archiven erschlossen. Hinzu kommt ein literaturbasierter Vergleich mit der deutschen Annexions- und Besatzungsjustiz in anderen Gebieten sowie der sowjetischen Justiz im annektierten Ostpolen von 1939 bis 1941.

Der Einrichtung deutscher Gerichte im westlichen Polen kommt laut Becker allein schon als Zeichen deutscher staatlicher Hoheit große Bedeutung bei der institutionellen Germanisierung der annektierten Gebiet zu, auch wenn durch Weisungs- und Eingriffsrechte der Gauleiter die formale Unabhängigkeit der Justiz in den „Ostgebieten“ de facto beschränkt war.

Was das Personal der deutschen Justiz in Westpolen angeht, bilanziert Becker, dass es dem Reichsjustizministerium trotz der erschwerten Lebensbedingungen in den annektierten Gebieten gelang, ganz überwiegend fachlich qualifizierte Kräfte für die Gerichte und Staatsanwaltschaften zu gewinnen. Bemerkenswert war der im Vergleich zum „Altreich“ hohe Grad der Nazifizierung der Richter und Staatsanwälte, ablesbar nicht nur an der Parteimitgliedschaft, sondern auch am Engagement in Parteigliederungen wie etwa der SA. Außerdem unterschieden sich die deutschen Richter und Staatsanwälte in Polen nicht in der sozialen, wohl aber in der regionalen Herkunft von ihren Kollegen im „Altreich“ durch einen hohen Anteil Ostdeutscher und Umsiedler. Sie waren zudem jünger und somit weniger beruflich etabliert. All diese Umstände hätten zu „einer sich immer mehr radikalisierenden Rechtsprechung“ ganz im Sinne des NS-Besatzungsregimes geführt (S. 103).

In der Zivilgerichtsbarkeit äußerte sich diese Radikalität in der konsequenten Diskriminierung bis hin zur völligen Entrechtung von Juden und Polen, da stets im „deutschen Interesse“ entschieden oder im Zweifelsfall Verfahren ausgesetzt wurden. Bei der Germanisierung durch Enteignungen, Scheidungen deutsch-polnischer Ehen und der Entziehung von Kindern aus polnischer Eltern- und Vormundschaft erfüllte die deutsche Justiz in Westpolen willig eine Hilfs- und Legitimationsfunktion, indem sie mit den Hauptakteuren in Verwaltung und SS weitgehend reibungslos zusammenarbeitete.

Auch die Kooperation mit der Polizei radikalisierte die Justizpraxis in den annektierten polnischen Gebieten. Dass der Polizei hier mit Blick auf das Sonderstrafrecht für Polen und die Standgerichtsbarkeit immer größere Kompetenzen zukamen, empfanden die Justizjuristen

nicht als Schwinden ihres Einflusses, sondern billigten und übernahmen vielfach die mörderische Härte der Polizei.

In der Strafgerichtsbarkeit äußerte sich dies in der rassistisch motivierten Ungleichbehandlung von Polen und Juden, die einem Sonderrecht unterlagen und immer härter bestraft wurden, vielfach mit dem Tode, vor allem bei den weit gefassten Delikten Gewalttaten gegen Deutsche, Widerstandshandlungen gegen das deutsche Regime und Übergriffen auf deutsches Eigentum. Umgekehrt hatten Deutsche bei Taten gegen Leib und Eigentum von Polen kaum Verfolgung und Bestrafung zu befürchten. Viele dieser Taten wurden, wie auch die häufigen Fälle von Korruption, Erpressung und Veruntreuung durch deutsche Amtsträger, ohnehin nicht von der Justiz, sondern disziplinarisch von Verwaltung und SS verfolgt.

Den Strafvollzug in den annektierten polnischen Gebieten prägten angesichts der Vielzahl polnischer Gefangener schlechte und brutale Behandlung, die zu besonders hoher Sterblichkeit führte. Auch die Vollstreckung der Todesurteile unterschied sich von der Praxis im Reich, da in den „eingegliederten Ostgebieten“ bereits seit 1941 Todesurteile an Polen öffentlich durch die Polizei vollzogen wurden.

Auch wenn die Zahl der unmittelbar von der deutschen Justiz in den annektierten polnischen Gebieten zu verantwortenden Todesopfer mit mindestens 4500 vollstreckten Todesurteilen und mindestens 5500 in den Justizvollzugsanstalten zu Tode gekommenen Verurteilten (S. 291) nur einen geringen Bruchteil der insgesamt etwa 800.000 Opfer des deutschen Annexionsregimes umfasst, zeigt der Vergleich mit der deutschen Annexions- und Besatzungsjustiz im Osten wie im Westen sowie mit der sowjetischen Justiz in Ostpolen, dass nirgendwo sonst mehr Todesurteile verhängt wurden.

Dennoch gelang es den Juristen, die in der Justiz in den eingegliederten Ostgebieten eingesetzt gewesen waren, überdurchschnittlich häufig in der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz wieder beruflich Fuß zu fassen: von 1162 konnten 482 ihre Karriere fortsetzen, wohl auch weil Nachweise für ihre Tätigkeit gar nicht oder besonders schwer zugänglich waren (S. 263f.). Obschon in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik erste Ermittlungen gegen Juristen wegen ihrer Tätigkeit im annektierten Westpolen begannen, konnte dort keinem der Prozess gemacht werden. Wie viele der seit 1948 in der DDR verurteilten Justizjuristen im annektierten Polen tätig waren, konnte Becker nicht ermitteln; er nennt aber vier Namen. An Polen wurden nur drei deutsche Justizjuristen ausgeliefert, einer setzte nach Verbüßung seiner Strafe seine Karriere als Staatsanwalt in der Bundesrepublik fort.

Becker gelingt es überzeugend nachzuweisen, dass die deutsche Justiz in den annektierten polnischen Gebieten willig ihre Rolle bei der Legitimation der deutschen Herrschaft erfüllte und dabei vor allem die polnischen und wenigen jüdischen Kläger und Angeklagten systematisch diskriminierte. Auch wenn ihre Bedeutung im „Volkstumskampf“ gering blieb, identifizierten sich die Richter und Staatsanwälte in hohem Maße mit der rassistischen NS-Politik und ihrer mörderischen Praxis. Das vergleichende Schlusskapitel macht darüber hinaus deutlich, dass mit Blick auf das deutsche Justizwesen in den übrigen angegliederten und besetzten Gebieten noch viel Forschungsarbeit wartet, für die Beckers Studie einen soliden Grundstein gelegt hat.

Lars Jockheck (Halstenbek)

Ulrich Schmid (Hg.): Schwert, Kreuz und Adler. Die Ästhetik des nationalistischen Diskurses in Polen (1926-1939) (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts; 32), Wiesbaden; Harrassowitz 2014. 584 S. ISBN: 978-3-447-10047-2

Ulrich Schmid, Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen, ist bisher vor allem als Verfasser von Studien zur russischen Literatur und Gesellschaft in Erscheinung getreten. Nur Insider wussten, dass er seit mehr als einem Jahrzehnt an einem Forschungsprojekt über den polnischen Nationalismus in der Zwischenkriegszeit arbeitet, dessen Ergebnisse zuerst in polnischer Sprache [1] veröffentlicht wurden und nun auch in deutscher Sprache vorliegen. Lobend muss dabei hervorgehoben werden, dass einige Beiträge in Nuancen an die deutsche Leserschaft angepasst wurden, eine Mühe, die sich nicht alle Herausgeber wissenschaftlicher Bücher machen.

Das Buch beschreibt und analysiert die polnische Suche nach neuen ästhetischen Ausdrucksformen, die das Selbstbewusstsein des 1918 gegründeten polnischen Staates ausdrücken sollten. Dieser kulturwissenschaftliche Ansatz rückt die Interaktion von Kunst, Literatur und Politik in das Zentrum des Interesses und will damit einen Beitrag zur Erforschung des polnischen Gouvernementalität in der Zwischenkriegszeit leisten. Dabei lässt sich Schmid von Schriften internationaler geisteswissenschaftlicher Größen wie Benedict Anderson, Michel Foucault, Walter Benjamin, George Mosse und anderer mehr inspirieren. Er berührt dabei von ihm selbst als schwierig bezeichnete Themen der Forschung. Zu nennen sind hier Frage nach der geistigen Nähe des polnischen nationalistischen Diskurses zum Faschismus und das Offenlegen der imperialen Züge des polnischen Raumdiskurses.

Der polnischen Rezeption des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus widmet sich auch ein Aufsatz von Pascal Trees, der den Schwerpunkt jedoch auf politische Schriften legt. Seine Schlussfolgerungen sind dabei durchaus bemerkenswert. Die Faschismusrezeption sei eher oberflächlich auf der intellektuellen Ebene erfolgt, eine Umsetzung in die Praxis sei weder durch die Staatsführung noch die nationaldemokratische Opposition ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Mit der Rolle der katholischen Kirche und der „jüdischen Frage“ für den nationalistischen Diskurs beschäftigt sich Monika Bednarczuk. Im Gegensatz zu Schmid referiert sie dabei vor allem Quellen, ohne diese zu theoretischen Modellen oder der nichtpolnischen Forschungsliteratur [2] in Beziehung zu setzen. Dies gilt auch für ihre informativen Beiträge zu kulturellen Institutionen und das von ihr erstellte Verzeichnis von Periodika. Ähnlich zu bewerten sind auch die Beiträge von vier polnischen Kunsthistorikern, die den von Schmid nur am Rande behandelten Bereich der Architektur und des Kunsthandwerks sowie der Historienmalerei abdecken. Die hauptsächlich von Schmid mit Isabelle Vonlanthen verfassten Kapitel zu „Nationalismus und literarischer Ästhetik“ zeugen dagegen nicht nur von der Kenntnis der Materie, sondern auch einer intensiven Reflexion.

Die abschließende Zusammenfassung von Ulrich Schmid präsentiert dann eine kurze und pointierte Synthese, die auf die Schwierigkeiten bei der Erreichung des offiziellen Ideals der Deckungsgleichheit von Staat, Kultur und Gesellschaft hinweist. Er betont dabei auch, dass die Politisierung literarischer und künstlerischer Diskurse dazu führte, dass das Verständnis für ästhetische Formexperimente gering war und deren Anhänger marginalisierte. Eine wirkliche Antwort auf die Frage nach der Wirkmächtigkeit dieser Diskurse gibt er aber nicht. Die Politik habe zwar angenommen, dass sie ein Primat über Literatur und Kunst habe. Dennoch konnten Literaten und Künstler ihre eigenen (teils phantastischen) Gesellschaftsprogramme in offiziöse Kunst umsetzen. Mit Bezug auf die Ästhetik schlussfolgert er, dass sich der nationalistische Diskurs letztendlich aller Stilmittel bediente, die er für seine Zwecke einsetzen konnte. Das Ergebnis war ein Schwanken zwischen Moderne und Klassizismus, in dem neue Positionen ohne ideologische Gleichschaltung fortwährend neu ausgehandelt wurden.

Kritisch angemerkt werden muss die fehlende inhaltliche Heranführung an die Aufsätze durch den Herausgeber, die dem Leser die Entstehungsgeschichte des Buches vermittelt. Neben einem von Schmid geleiteten Forschungsprojekt über „Faschismus in Polen (1926-1939). Ästhetische Positionen und intellektuelle Reaktionen“ [3] wäre hier auf eine schweizerisch-italienisch-polnische Tagung in Rom zu verweisen gewesen, auf der Vergleiche zwischen der

Ästhetik des polnischen und italienischen Nationalismus diskutiert wurden [4]. Die sich mit Polen befassenden Beiträge der nichtschweizerischen Teilnehmer dieser Tagung ergänzen die meist auf der jahrelangen Beschäftigung mit dem Thema beruhenden Studien von Ulrich Schmid und Isabelle Vonlanthen, die an einigen Punkten von Sabina Schaffner und Stefan Guth ergänzt wurden. Vonlanthen, deren Dissertation über national engagierte Lyrik und Publizistik in Polen 2012 erschien [5], und Schmid erreichen daher in ihren Beiträgen eine völlig andere analytische Tiefe als die meisten anderen Autoren, die Ergebnisse früherer Forschungen für ihre Vorträge in Rom und die folgende Publikation lediglich aufbereitet haben. Auch wenn diese in der Mehrzahl durchaus interessante Facetten der nationalistischen Ästhetik abhandeln, sind sie vor allem informativer Natur und vermitteln dem deutschen Leser nur neue Einblicke in die polnische Literatur-, Kunst- und Architekturszene zwischen den beiden Weltkriegen. Den methodischen Ansatz von Schmid ignorieren sie dabei weitgehend, so dass bei der Lektüre dieser Beiträge eine gewisse Enttäuschung aufkommt. Die Analyse der Interaktion von Kunst, Literatur und Politik im Polen Piłsudskis und seiner Epigonen wird nur von Schmid konsequent angegangen. Dies heißt nicht, dass alle von Schmid Interpretationen überzeugend sind. Die Stärke seiner Ausführungen besteht vielmehr darin, dass er auf einem intellektuell hohen Niveau den kundigen Leser dazu anregt, einen anderen Blick auf den scheinbar bekannten Gegenstand der Zweiten Polnischen Republik zu werfen. Es bleibt zu hoffen, dass seine Ideen weitere Forschungen auslösen. Aus Sicht einer interdisziplinären Polenforschung kann nur der Wunsch ausgesprochen werden, dass sich Ulrich Schmid in Zukunft weiter mit Polen beschäftigt und nicht seine ganze Energie der Erforschung der Kultur und Gesellschaft Russlands widmet.

[1] Estetyka dyskursu nacjonalistycznego w Polsce 1926-1939, Warszawa 2014.

[2] Pars pro toto sei hier auf Neal Pease, Rome's most faithful daughter: the Catholic Church and independent Poland, 1914-1939, Athens (Ohio) 2010, verwiesen.

[3] <https://alexandria.unisg.ch/Projekte/39224>

[4] Das Programm findet sich unter <http://www.istitutosvizzero.it/eventi/calendario/eventi-roma/lestetica-del-discorso-nazionalista>

[5] Isabelle Vonlanthen, Dichten für das Vaterland: national engagierte Lyrik und Publizistik in Polen 1926-1939, Zürich 2012.

Stefan Dyroff (Bern)

Anna Mańko-Matysiak / Eef Overgaauw / Tobias Weger (Hg.): Das deutsche Kulturerbe in Schlesien. Fragen und Perspektive. München: Oldenbourg Verlag 2014 (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa; 51). 303 S. ISBN 978-3-486-75425-4

Reich durch Abbildungen ergänzt, dokumentiert der Band eine Tagung deutscher und polnischer Germanisten, Historiker, Volkskundler, Bibliothekare und Archivare vom 29. Februar bis zum 3. März 2012 in Berlin. Eingeladen hatten die Berliner Staatsbibliothek, die Universität in Wrocław und das Oldenburger Bundesinstitut mit dem Ziel, „gemeinsam eine deutsch-polnische Plattform für den aktuellen Dialog und früheren Umgang mit deutschen Kulturgut in Schlesien, innerhalb der aktuellen polnischen Staatsgrenzen zu schaffen“ (Einleitung, S. 9). In vier Themengruppen bieten dazu deutsche und sechs polnische Autor(inn)en 16 Beiträge an. Die Autor(inn)en kommen von den Veranstaltern (aus Wrocław nur vom *Instytut Filologii Germańskiej* der Universität), von der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* außer von der Staatsbibliothek auch vom *Museum Europäischer Kulturen* und vom *Schlesischen Museum* (Görlitz) und dessen polnischen Kooperationspartnern, außerdem haben ein Orgelbauer und ein Gerhart-Hauptmann-Forscher, der den Nachlass in der Berliner Staatsbibliothek benutzt hat, Texte beigezeichnet. Man vermisst eine Reihe schlesienbezogener oder für die Schlesienforschung relevanter Einrichtungen in Deutschland und insbesondere in Polen (vor allem außerhalb Wrocław, aber auch Nichtgermanisten). Als „Schlüssel zum Ideengehalt der Tagung“ deklarieren die Herausgeber (Vorwort, S. 10) den Begriff der

„Einheit in der Vielfalt“ im „cusanischen Sinne“, nach dem „die Einheit [...] ein höheres gemeinsames Prinzip bedeutet, das es im Zuge eines spezifischen Dialogs aufzufinden gilt“.

„Unterschiedliche Sichtweisen auf Schlesien“ soll der erste Themenkomplex darstellen. Tobias Weger (Oldenburg) beleuchtet unter der Überschrift „Zum Schlesienbild in Deutschland“ einige „Facetten des deutschen Schlesienbildes“ im 20. Jahrhundert (S. [15]). Er weist auf Problemlagen (seit wann man von „Deutschland“ sprechen kann und welche „räumliche Entität“ unter ‘Schlesien’ zu verstehen ist) und bietet mit aussagekräftigen Abbildungen eine Reihe unterschiedlicher Beispiele aus der Publizistik, aber auch aus dem Leben (private deutsch-polnische Initiativen in den letzten Jahren) eine Art Phänomenologie und korrigiert dabei liebgewordene Gemeinplätze zum Beispiel zum Schlesienbild in der DDR. Als „zwischen Stereotyp und Neuentdeckung“ (S. 37) beschreibt er abschließend die aktuelle Lage. Mehr ist auf 17 Textseiten nicht zu leisten, und man wünscht sich neben gelegentlich anderer Meinung an vielen Stellen die systematische Vertiefung des Dargestellten. Marcin Miodek (Wrocław) entwirft ein differenziertes, dennoch eindeutiges Bild der Darstellung des „regionalen Kulturerbes im Propagandabild des ‘wiedergewonnenen’ Schlesiens der Jahre 1945 – 1948/1949“ anhand der Analyse der in Wrocław erscheinenden Zeitungen „Pionier“ und „Słowo Polskie“. Im Ausblick weist er auf das Weiterwirken der hier begonnenen „‘niederschlesischen’ Propaganda“ (S. 64) über die „Wende“ 1989 hinaus hin. Aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive skizziert danach Marek Hałub, ebenfalls Germanist in Wrocław, „Wrocław / Breslau auf dem [erfolgreichen] Weg zu einem europäischen Erinnerungsort“ in den Jahren 2002 bis 2012. Zu fragen bleibt, ob und inwieweit die von Hałub konstatierte Auflösung „konkurrierender Gedächtniskulturen“ in ein „gemeinsames Nachdenken über die Europäisierung von Kultur“ (S. 71) auch für andere schlesische Wissenschaftsstandorte zu konstatieren ist, und welchen Stellenwert das spezifisch Regionale in diesem Prozess spielt. Breslau war, wie alle Metropolen, immer europäischer als die Provinz. Auf die niederschlesische Provinz weist Markus Bauer (Görlitz) in seinem treffend „Zweierlei Erinnerung“ betitelten „Arbeitsbericht von einem polnisch-deutschen Ausstellungsprojekt über schlesische Erinnerungsorte“, und einen spezifischen Erinnerungsort, Gerhart Hauptmanns Haus Wiesenstein, und seine museale Präsentation stellt die Direktorin des „Städtischen Museums Gerhart-Hauptmann-Haus“ Julita Zaprucka (Jelenia Góra) vor.

Zwei Beiträge zur Verlagsgeschichte bilden den zweiten Themenabschnitt. Detlef Haberland (Oldenburg) macht mit der Überschrift „Schlesische Bücherwelt(en)“ neugierig, liefert allerdings auf sieben Druckseiten nicht mehr und nicht weniger als eine Projektskizze zur –

von der Forschung vernachlässigten – schlesischen Verlagsgeschichte des 19. und für ihn mit dem Jahr 1945 endenden 20. Jahrhunderts, deren Bedeutung er am Beispiel des Breslauer Verlags Gosohorsky (1825-1870) skizziert. Polnische Forschung zu diesem Thema fehlt, wie schon der Anmerkungs- und der Literaturteil des Beitrags von Leszek Dziemianko (Wrocław) über den „Breslauer Verlag von Eduard Trewendt (1845-1903)“ zeigt.

Vier Beiträge über „Editionen und Entdeckungen“ folgen: Ein Dissertationsprojekt, die Edition des Briefwechsels Heinrich Hoffmanns von Fallersleben mit dem mecklenburgischen Gutsbesitzer Rudolf Müller (1813-1890), der ihn während seines Exils in Mecklenburg-Schwerin (1843-1849) beherbergte, stellt der Germanist Mariusz Dzieweczyński (Wrocław) vor. Gerd-Herrmann Susen und Edith Wack (Berlin) stellen zwei Editionsprojekte, die Editionen der Briefe Wilhelm Bölsches (2010ff.) und Carl Hauptmanns (im Rahmen der „Berliner Ausgabe“ 1997ff.) als deutsch-polnische Kooperationsprojekte vor. Bernhard Tempel entdeckt „Gerhart Hauptmanns Besinnung auf schlesische Identität im Kontext der Rassenideologie“ und ermahnt, „die Kontextabhängigkeit seiner Äußerungen zu beachten“ (S. 184). Martin Hollender (Berlin) demonstriert den Wert von Volltexterkennung am Beispiel der Entdeckung „Unbekannter Beiträge von August Scholtis für die *Vossische Zeitung* aus den Jahren 1932/33“. Der Schlesienbezug wird hier, sehen wir von Tempels Beitrag ab, biographisch konstruiert, und das bei Autoren, die, den Oberschlesier Scholtis vielleicht ausgenommen, auch ohne Schlesienbezug in das Themenrepertoire der germanistischen Forschung gehören.

„Sachkultur und Bilderwelten“ beschließen den Band: Ekkehart Gross (Kubschütz) stellt den „Orgelbau“, insbesondere aber Orgelbauer „in Schlesien im Wandel der Geschichte“ vor, beschränkt sich dabei aber auf die 1815 preußisch gewordene Oberlausitz (mit einem gewissen Schwerpunkt auf den heute sächsischen Gebietsteilen westlich der Neiße) und Niederschlesien. Christine Caemmerer (Berlin) stellt Beispiele politischer Druckgraphik des 18. Jahrhunderts aus den Beständen der Berliner Staatsbibliothek vor, „Kaffeehausblätter“, d.h. „Einblattdrucke als Bildergeschichten zu den Schlesischen Kriegen“, bevor sie ihr Thema auf „le gâteau des rois“, die das Motiv weiterführenden bekannten Blätter, die die drei Monarchen bei der Aufteilung Polens zeigen, erweitert. Hinterglaspbilder aus der Grafschaft Glatz aus deutschen Sammlungen stellt Martin Kügler (Görlitz) als Beispiele religiöser Volkskunst vor, Anna Bober-Tubaj (Bolesławice) die „Zusammenarbeit zwischen dem Bunzlauer Keramikmuseum und dem Schlesischen Museum zu Görlitz“. Konrad Vanja (Ansbach) stellt „Schlesien gestern und heute“ im bis vor kurzem von ihm geleiteten

„Museum Europäischer Kulturen“ der Staatlichen Museen zu Berlin / Stiftung Preußischer Kulturbesitz vor.

Regional konzentrieren sich die Beiträge auf Niederschlesien, Oberschlesien kommt als eigenständiges Thema nicht vor, das Register weist dazu vor allem auf Wegers Skizze zum Schlesienbild und Hollenders Funde zum aus Oberschlesien stammenden Schriftsteller Lubos hin. Abgesehen von den beiden Beiträgen zum Schlesien- bzw. Propagandabild dominieren Museologie, Verlagsgeschichte deutschsprachiger Verlage, „Editionen und Entdeckungen“ zur deutschen Literaturgeschichte des 19. und 20. Jahrhundert, Kunstgeschichte und Volkskunde. Man vermisst unter anderem das städtebauliche, architektonische und künstlerische Erbe, Bibliotheks- und Archivgeschichte, Kirchen, Synagogen, Rathäuser, Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Das „deutsche Kulturerbe“ wird vorausgesetzt, vor allem wird die Qualität von 'deutsch' und von 'schlesisch' nicht reflektiert.

Ob man Texte und Objekte in deutschen Sammlungen, wie sie bei den dargestellten Projekten überwiegen, wirklich als „Das deutsche Kulturerbe in Schlesien“ klassifizieren sollte, wäre zumindest diskussionswürdig. Inwieweit Hoffmann von Fallerslebens Mecklenburg-Verbindungen nach seiner Entlassung aus der Breslauer Universität unter den Bandtitel subsumiert werden können, erscheint erklärungsbedürftig.

Konfliktthemen werden ausgespart. Der Beiträger(innen) des Bandes bearbeiten überwiegend „weiche“, im deutsch-polnischen Kontext unproblematische Themen aus Philologie, Literatur-, Kunst- und Kulturgeschichte. Insbesondere die literaturhistorischen Themen gehören in den germanistischen Kanon, und die Auswahl ist offensichtlich dem Zufall von punktuellen Einzelprojekten und Kooperationen geschuldet, die aufgezeichneten „Wege und Perspektiven der Forschung“ den Zufälligkeiten der einladenden Institutionen.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall auch ideologischer Grenzen, in einer Zeit der Suche nach einem europäischen Kulturerbe, sollte man von einem Band mit dem apodiktischen Titel „Das deutsche Kulturerbe in Schlesien“, auch dann, wenn man als gut ausgestattetes Bundesinstitut nicht in der Lage ist, einen über Einzelprojekte hinausgehenden Entwurf der Gesamtproblematik aus transnationaler Perspektive zu liefern, erwarten können, zumindest die Diskussion der Problematik auf den unterschiedlichen Ebenen von der Forschung bis zur musealen Präsentation anzubieten. Man könnte sich fragen, ob von Fragen des deutschen und des polnischen nationalen kulturellen Gedächtnisses und dessen Schlesienbezug auszugehen ist – oder ob nicht viel stärker von der Region, von der preußischen Provinz, auszugehen wäre, die der größere Teil des historischen Schlesien, seit 1871 'deutsch' im staatlichen Sinne, gut 200 Jahre lang gewesen ist, selbst auf die Gefahr hin, dass als 'deutsch' definierte

Kulturerbe Schlesiens, das Regionale und das Lokale, dann möglicherweise provinziell gewesen ist. Diese Provinzialität stellt sich aber im systematischen Befund nicht als Einheit dar, nicht als „Das deutsche Kulturerbe“, sondern als Pluralismus kultureller Überlieferungen, die häufiger nicht eindeutig als ‘deutsch’ oder ‘polnisch’ klassifiziert werden können.

Die angestrebte „gemeinsame Plattform“ setzte eine systematische aktuelle und historische Standortbestimmung voraus und ein breiteres Spektrum an Akteuren als es zum Beispiel das Instytut Filologii Germańskiej der Uniwersytet we Wrocławiu von Seiten der polnischen Schlesienforschung repräsentiert. Das mindert nicht die Qualität der Einzelbeiträge, führt aber den deutsch-polnischen Dialog über das ‘deutsche’ „Kulturerbe in Schlesien“ nicht weiter.

Wolfgang Kessler (Viersen)

Robert Żurek: Die katholische Kirche Polens und die „Wiedergewonnen Gebiete“ 1945-1948. (Die Deutschen und das östliche Europa, Bd. 12). Frankfurt am Main: Peter Lang Edition 2014. 855 S. ISBN 978-3-631-64622-9.

Mit seiner jüngsten Untersuchung über die katholische Kirche Polens in den Oder-Neiße-Gebieten setzt Żurek seine Studien zur Geschichte deutsch-polnischer Kirchenbeziehungen der Nachkriegszeit fort, worin er sich bereits mit seiner Dissertation etablierte. Diesmal beleuchtet er das Verhalten der katholischen Kirche in den polnischen Westgebieten in den ersten drei Nachkriegsjahren anhand politischer, sozialer und mentaler Kontextualisierungen. Dem traditionellen Forschungsansatz folgend, sucht der Autor die bisherigen, teils weitverbreiteten (Vor)urteile über Polens Kirchenhierarchie zu hinterfragen, diese habe aus nationalistischen Beweggründen heraus an der Verdrängung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße mitgewirkt und durch eine rabiate Polonisierung der dortigen Kirchenstrukturen unter Missachtung des christlichen Gebots der Nächstenliebe deren Zwangsaussiedlung mitgetragen. Hieran wird deutlich, dass Żurek fast ausschließlich die deutsche Forschung vornehmlich aus dem Umfeld kirchennaher Vertriebenenkreise meint, die auf den Prüfstand gehört und gegen die es anzuschreiben gilt.

Zu Beginn zeichnet Żurek ein detailliertes Bild des unmittelbaren Nachkriegsgeschehens in den deutschen Ostprovinzen, wobei sein besonderes Augenmerk auf die neuentstehenden politischen Rahmenbedingungen und die allgemeinen überaus chaotischen Umstände dieser Zeit gerichtet ist. Er skizziert eine traumatisierte polnische Gesellschaft, die nach 1945 einer differenzierenden und reflektierenden Haltung gegenüber den Deutschen kaum fähig war,

sondern im Affekt des Überlebens eines grauenhaften NS-Terrors kein Mitgefühl, dafür aber viel Rachsucht sowie die Überzeugung von der deutschen Kollektivschuld in sich trug. Verstärkt durch eine gezielte, auf Herrschaftslegitimität und -sicherung bedachte antideutsche Propaganda der kommunistischen Partei, führten sich die meisten Polen auf wie von außen gelenkte Diener fremden Willens.

Die kirchlichen Verhältnisse und das religiöse Leben in den deutschen Ost-Diözesen waren bereits im Frühjahr 1945 fast gänzlich zusammengebrochen. Diese standen praktisch führungslos da. Die höchsten deutschen Amtsträger konnten ihre Jurisdiktion de facto nicht mehr ausüben, da sie meist desinformiert, desorientiert, überfordert und kaum im Stande waren, mit dem noch verbliebenen einheimischen Klerus vor Ort zu kommunizieren. Eine geordnete Seelsorge war nicht mehr möglich; Strategien und Konzepte für eine Anpassung an die neue Lage fehlten oder erwiesen sich als illusorisch. Die Bischöfe erkannten zu spät oder gar nicht, dass sie für die neuen Machthaber in deren Kombination aus kirchenfeindlicher Ideologie und antideutscher Motivation untragbar waren.

Leitend für Żureks weitere Ausführungen ist die Auffassung von einem sich etablierenden Antagonismus zwischen einer kommunistisch dominierten Staatsmacht und der katholischen Kirche Polens in den Diözesen östlich der Oder-Neiße-Linie nach 1945. Dieser machte eine Vorsorge der Kirche auf die nahende Auseinandersetzung notwendig, was sich in einem zügigen Aufbau polnischer Kirchenstrukturen in den Ostgebieten äußerte. Die Bedrohung der katholischen Kirche durch ein aggressives kirchenfeindliches Regime, worauf der Autor unentwegt hinweist, bildet das Prisma, durch welches die kirchlichen Maßnahmen von Primas August Hlond im Sommer 1945 sowie der Apostolischen Administratoren in den fraglichen Gebieten erklärt und gedeutet werden.

Dieser Hintergrund gewinnt für die Entfaltung der Studie eine zweckdienliche Bedeutung, denn dadurch erfahren deutschfreundliche Äußerungen und Haltungen polnischer Kirchenhierarchen eine besondere, positive Note. In diesem Duktus werden die in der Forschungsliteratur umstrittenen Maßnahmen Hlonds in den Oder-Neiße-Diözesen beleuchtet. Im Sommer 1945 hatte er unter Berufung auf besondere Vollmachten des Heiligen Stuhls in den ostdeutschen Bistümern polnische Apostolische Administratoren eingesetzt und die bisherigen Amtsträger zur Aufgabe ihrer Jurisdiktion veranlasst bzw. für abgesetzt erklärt. Dieses Vorgehen brachte dem polnischen Kardinal den langlebigen Vorwurf einer gänzlich nationalfixierten, einzig auf die Auflösung der deutschen Kirchenstrukturen zielenden Überschreitung dieser Befugnisse ein. Żurek sucht diese Vorwürfe zu entkräften und darzulegen, dass Hlond im Einklang mit der ihm verliehenen, teils absichtlich vage gefassten

päpstlichen Ermächtigung agierte. Lediglich bei der Herbeiführung von Vakanzen lasse sich eine eigenmächtige Ausweitung derselben beanstanden, da Hlond hierbei falsche Tatsachen vortäuschte. Die Übertragung der kirchenrechtlich zwar seltenen, aber nicht gänzlich ungewöhnlichen Befugnisse an den polnischen Primas begründet der Verfasser entsprechend seiner Ausgangsprämisse mit der Befürchtung vor einer heraufziehenden kommunistischen Verfolgung der katholischen Kirche. Demnach „wären keine Sondervollmachten für den polnischen Primas notwendig gewesen, weder für Zentralpolen, noch für die Oder-Neiße-Gebiete“, wenn „in Polen demokratische Kräfte die Macht übernommen“ hätten. (S. 279). Eine schnelle Polonisierung des kirchlichen Lebens in den Ostgebieten sei also eine dringliche Voraussetzung gewesen, um dort die katholische Kirche vor einem Aufrieb durch das Regime erhalten zu können.

Die Zurückführung der päpstlichen Sondervollmachten auf die kommunistische Bedrohung weckt jedoch erhebliche Zweifel. Letzteres ist nicht nur hinsichtlich der erstaunlich sicheren futurologischen Voraussagen der polnischen Kirchengspitze zur politischen Entwicklung in Polen nach 1945 problematisch. Das Exponieren einer gewiss reellen kommunistischen Bedrängung der katholischen Kirche lässt außer Acht, dass neben Polen weitere Staaten Mitteleuropas unter kommunistischen Einfluss gerieten. Vor allem in der ČSR, wo in den Ausweisungsgebieten der deutschen Bevölkerung ähnliche Verhältnisse anzutreffen waren wie in den deutschen Ostprovinzen, sind weder vom tschechischen/slowakischen Episkopat noch seitens des Vatikans ähnliche Vorsorgeaktivitäten bekannt, obgleich dort eine schleichende kommunistische Machtaneignung nicht zu übersehen war.

Vielmehr gingen die päpstlichen Sondervollmachten im Falle Hlonds auf den Umstand zurück, dass der polnische Primas in einem Raum handeln sollte, der kirchenrechtlich von den Konkordaten mit Polen (1925) und dem Deutschen Reich (1933) definiert war. Die Vehemenz, mit der Pius XII. an der Verbindlichkeit dieser Vertragswerke insbesondere am Reichskonkordat (RK) festhielt, ist hinlänglich bekannt; ebenso sein penibles Einhalten der konkordatären Bestimmungen. Daraus erklären sich nicht nur der provisorische Charakter, sondern auch die Grenzen des Hlond'schen Vorgehens in den ostdeutschen Bistümern. Die Ermächtigung zur vorläufigen Bestellung von Apostolischen Administratoren und die ebenso vorübergehende Umschreibung neuer kirchlicher Administrationsbezirke gaben dem Primas eine besondere, den zeitbedingten Umständen geschuldete Handhabe, ohne jedoch in das Regelwerk des Reichskonkordats substantiell einzugreifen. Dementsprechend wurden auch jene deutschen Amtsträger zum ‚freiwilligen‘ Jurisdiktionsverzicht bewegt, deren Diözesen im Geltungsbereich des RKs lagen, so dass dadurch eine Rechtsverletzung vermieden werden

konnte. Dagegen informierte der polnische Primas die kirchlichen Vertreter Danzigs, der Grafschaft Glatz und der Prälatur Branitz über ihren bereits beschlossenen Jurisdiktionsverlust. Diese Sprengel befanden sich außerhalb einer konkordatären Rechtsgrundlage. (Unpräzise ist in diesem Zusammenhang auch Żureks Feststellung, wonach der Bischof von Berlin den Verlust seiner Amtsgewalt hinnehmen musste (S. 252). Bei Bischof Preysing konnte sich lediglich um eine territoriale Beschränkung seiner Jurisdiktion bis zum Westufer der Oder handeln). Die von Żurek ausgeführte, auf die lokalen Sachverhalte eruierende Erklärung dieser Vorgänge übersieht damit die grundlegende Relevanz des päpstlichen Beharrens auf einer Fortführung des deutschen Konkordats, zumal letzteres das persönliche Werk des damaligen Vatikandiplomaten Eugenio Pacellis, seit 1939 Pius XII. war. So taugt auch der Hinweis wenig, die kommunistischen Machthaber hätten das Reichskonkordat für gegenstandslos gehalten. Für den deutschen wie für den polnischen Episkopat war ausschließlich die rechtliche Haltung des Vatikans verbindlich – so auch für Hlond, was Żurek beiläufig an einer anderen Stelle auch zugibt (S. 687). Die Wirkmächtigkeit des RK lässt sich bereits daran ablesen, dass der Vatikan es beharrlich vermied, die vakanten ostdeutschen Bischofsstühle mit polnischen Ordinarien zu besetzen. Entsprechend Żureks Argumentation hätten aber letztere wohl die beste Schutzvorkehrung gegen eine kirchenfeindliche Herrschaft bilden müssen.

Das Auslassen einer eingehenden Besprechung der Konkordate und ihrer Bedeutung für die kirchlichen Verhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten verleitet den Autor daher zu mancher Inkonsequenz. Während Primas Hlonds Einsatz für die (letztlich gescheiterte) Rettung des polnischen Konkordats gewürdigt wird (S. 424), erfährt der Breslauer Generalvikar Joseph Negwer, der sich zeitgleich auf die Bestimmungen des RKs sowie des Preußenkonkordats von 1929 zu berufen suchte, einen „surrealistischen“ Beisatz (S. 438). Falsch ist auch die Behauptung, Hlond habe durch den Anschluss von Glatz und Branitz an die schlesischen Apostolischen Administraturen die Vorgaben des polnischen Konkordats erfüllt (S. 422f.). Eine automatische Anpassung des Konkordats an neue Grenzlinien gab es in dieser Form nicht. Hierzu bedurfte es der Zustimmung beider Vertragsparteien – eine solche hat es aber in beiden Fällen nicht gegeben.

Dieses Desiderat ist umso bedauerlicher, als der zweite Untersuchungsschwerpunkt, die Darstellung der Polonisierung der Kirchenstrukturen, einen ausgesprochen starken Part der Studie bildet. Quellengesättigt, akribisch und reflektierend analysiert Żurek die Entwicklung in den Apostolischen Administraturen, insbesondere vor dem Hintergrund der Seelsorge unter der einheimischen und der zugezogenen Bevölkerung. Dabei liefert der Autor eine Fülle von

Belegen dafür, dass die von den Administratoren ergriffenen Maßnahmen zur Polonisierung des Kirchenlebens nicht nationalen Intentionen entsprangen, sondern der Sicherung des kirchlichen Bestandes in den Westgebieten geschuldet waren. So kann Żurek z. B. aufzeigen, dass die Bestrebungen der Administratoren, polnische Priester und Ordensobere zu berufen nicht von nationalen Prämissen geleitet waren, sondern von der Annahme, auf diese Weise die Autorität sowie das (materielle) Gut der Kirche vor scheinbar begründeten antideutschen Zugriffen der kommunistischen Staatsmacht sichern zu können.

Während die nationalen Argumente primär seitens des Regimes propagandistisch gegen die Kirche geführt wurden und in der Anschuldigung mündeten, sie unternehme zu wenig gegen deutsche Geistliche und deutsches Kulturgut, agierten die polnischen Kirchenhierarchen vor allem pragmatisch. Trotz der extrem widrigen Umstände suchten sie für alle Katholiken eine seelsorgliche Betreuung zu gewährleisten. Sie hielten vornehmlich aufgrund des Priestermangels an deutschen Geistlichen fest und ließen nach Möglichkeit Gottesdienste in deutscher Sprache zu, was sich auch in einem guten Einvernehmen zwischen den Administratoren und dem einheimischen Klerus niederschlug. Auch das Verhältnis zwischen den verbliebenen deutschen Pfarrern und den zugezogenen polnischen Gemeindemitgliedern gestaltete sich überwiegend respektvoll und blieb meist frei von Spannungen. Damit gelingt es Żurek nachzuweisen, dass die nationale Dichotomie in den untersuchten Gebieten deutlich hinter die Erschwernisse des kirchlichen Alltags zurücktrat, womit zugleich der weitverbreiteten Ansicht widersprochen wird, der deutsch-polnische Gegensatz hätte alle Lebensbereiche störend und destruktiv erdrückt. In der differenzierten Darlegung der kirchlichen polnischen Wirklichkeit in den „wiedergewonnen Gebieten“ liegt unverkennbar die Stärke von Żureks Untersuchung.

Insgesamt gibt Żureks Arbeit ein ambivalentes Bild ab. Einerseits ist dem Autor zuzustimmen, dass der zunehmende Antagonismus zwischen dem kommunistischen Regime und der katholischen Kirche in Polen in der bisherigen Forschung zum vorliegenden Thema nicht ausreichend berücksichtigt wurde; andererseits wird die Bedeutung desselben jedoch überschätzt und wirkt teilweise abwegig – nicht nur hinsichtlich der Vergabe von Sondervollmachten an Kardinal Hlond. Im Lichte des gesetzten Leitfadens einer kommunistischen Bedrängung der Kirche entsteht nämlich ungewollt ein politisches Profil des Primas und der Kirchenhierarchie in Polen, wonach deren erste und alles überragende Aufgabe darin bestand, der Staatsmacht keine Vorwände zu liefern, die Kirche anzufeinden und anzugreifen. Damit aber kennzeichnet man indirekt Polens Kirche als ängstlich und

unterwürfig, die nicht agierte und gestaltete, sondern konformistisch antizipierte und regierte, eine Kirche die es bekanntlich in Polen so nicht gab.

Severin Gawlitta (Essen)

Frank Beer/Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944-1947. Berichte der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, Berlin: Metropol Verlag und Verlag Dachauer Hefte 2014, 652 S. ISBN 978-3-86331-149-0.

Im bereits von der Roten Armee befreiten Lublin gründete eine Gruppe jüdischer Holocaust-Überlebender die Zentrale Jüdische Historische Kommission (*Centralna Żydowska Komisja Historyczna*), um Berichte von Menschen aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern sowie in Verstecken Überlebender zu sammeln. Ziel war es, die Verbrechen der Shoah für die Nachwelt zu dokumentieren, zum einen, um Beweismaterial gegen die Täter und über deren Verfolgungsstrukturen zusammenzutragen, zum anderen, um das Andenken an die Opfer zu bewahren und nicht zuletzt, um als Mahnung für die Zukunft über das Geschehene aufzuklären. Im Zeitraum von 1944-1947 entstanden so in den lokalen und regionalen Zweigstellen der Jüdischen Kommission auf polnischem Boden über 7000 Zeugnisse der Shoah, die für deren Erforschung von enormer Wichtigkeit sind. Auf dieser Grundlage veröffentlichte die Zentrale Historische Kommission 39 Bücher, die jedoch in der westlichen Geschichtswissenschaft kaum rezipiert wurden, da die meisten Berichte in Jiddisch oder auf Polnisch verfasst wurden. Nur wenige erschienen später in englischer Sprache. Aus den veröffentlichten Berichten haben die Herausgeber 12 Texte für ihre Edition ausgewählt, denen sie jeweils ein knappes, aber informatives Vorwort vorangestellt haben, das Auskunft über den Zeugnisgeber, den Gegenstand des Verfolgungsberichtes und über die befragende Person gibt. Eine den meisten Berichten vorangestellte erläuternde Einführung ihrer Verfasser erhellt die Entstehungsumstände und den Charakter der Texte. Sehr zurückhaltend werden wichtige Aspekte von den Herausgebern in Anmerkungen kommentiert bzw. erklärt. Sämtliche Texte werden erstmals auf Deutsch publiziert. 1947 wurde die Zentrale Jüdische Historische Kommission in das Jüdische Historische Institut (*Żydowski Instytut Historyczny*) überführt. Mit dem in Polen aufkeimenden Antisemitismus wanderten wichtige und zentrale Mitarbeiter wie Józef Kermisz und Rachel Auerbach aus Polen, insbesondere nach Israel und in die USA, aus.

In seinem einführenden Beitrag erläutert Wolfgang Benz die Bedeutung der Arbeit der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission und stellt deren führende Protagonisten vor. Des Weiteren beschreibt er die Inhalte und zentrale Aussagen der edierten Texte. Frank Beer listet im Anschluss sowohl die von der Kommission publizierten Bücher und Broschüren als auch die unveröffentlichten Berichte auf, die sich noch heute im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau befinden.

Filip Friedmann, der erste Direktor der Zentralen Kommission, schildert im darauffolgenden Beitrag die Vernichtung der Lemberger Juden auf der Basis seiner eigenen Erlebnisse und weiterer Quellen wie Dokumente, Zeugenprotokolle, Interviews sowie seinerzeit vorliegender Veröffentlichungen. Er verschweigt bei der Schilderung der Ereignisse nicht die maßgeblich von deutschen Soldaten angeführten, tagelang andauernden Pogrome, die auch später alltäglich auftretende Gewalt und den damit einhergehenden, nicht nur spontanen, sondern zunehmend systematischen Raub jüdischen Eigentums. Der Schriftsteller und Dichter Michał Maksymilian Borwicz schildert den grausamen Alltag der Häftlinge im Zwangsarbeitslager Janowska bei Lemberg, wo diese nicht nur unter der sadistischen Gewalt ihrer Bewacher litten und viele aufgrund der brutalen Arbeitsbedingungen starben, sondern ferner zu Zehntausenden in den „Piaski“, den Sandhügeln hinter dem Lagergelände, ermordet wurden. Sein detailreicher Bericht beschreibt auch Versuche des Widerstands unter den Häftlingen. Der Lehrer Szymon Datner, der während des Krieges mit seiner Familie im Getto von Białystok lebte, beschrieb in seinem bereits im Getto begonnenen Bericht den Terror der deutschen Besatzer gegen dessen Bewohner, aber auch zähe Widerstandsaktionen überwiegend jugendlicher Gettobewohner gegen ihre Peiniger, die mit der Liquidierung des Gettos und der Deportation ihrer Bewohner in die Vernichtungslager endeten. Datner schließt seinen Bericht mit der Feststellung, dass die Deutschen keine Menschen, sondern menschliche Bestien seien. Die Lehrerin Róża Bauminger musste nach Kriegsbeginn Zwangsarbeit in mehreren Lagern leisten. Sie schildert in ihrem 1946 erschienen Text das Leben der Häftlinge im Zwangsarbeitslager Skarżysko-Kamienna, etwa 30 km nördlich von Kielce gelegen, das für die deutsche Rüstungsindustrie arbeitete. Den Lageralltag beschreibt sie aus eigener Anschauung in beklemmenden Einzelheiten, zudem lässt sie auch andere Zwangsarbeiter des Lagers zu Wort kommen, indem sie aus den Unterlagen der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission zitiert. Der Historiker Dr. Józef Kermisz war Gründungsmitglied der Kommission und wurde nach deren Auflösung 1947 stellvertretender Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. In seine 1946 entstandene, umfangreiche Studie über den Warschauer Getto-Aufstand, bezog er auch deutsche Dokumente wie den „Stroop-Bericht“

über die Niederschlagung des Aufstandes als Quelle ein. Ebenfalls 1946 erschien die Schilderung des Lehrers Gerszon Taffet über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in der galizischen Stadt Żółkiew, die nahezu komplett ausgelöscht wurde. Taffet, selbst Betroffener, hat die Verbrechen auch auf der Basis der Zeugenaussagen anderer Überlebender nachgezeichnet. Er schildert Formen der innerjüdischen Selbsthilfe, der Unterstützung durch Nichtjuden, andererseits aber auch die Kollaboration mit den deutschen Tätern, Verrat und Raub. Nicht zuletzt stellt er die Rolle der ukrainischen Nationalisten bei den brutalen antijüdischen Pogromen heraus. Im selben Jahr gab die Kommission die Überlebensgeschichte des aus Warschau stammenden Fischhändlers Ber Ryczywól heraus, die von der Kommissionsmitarbeiterin Bluma Wasser in Form einer Zeugenaussage aufgenommen und sprachlich weitgehend originär wiedergegeben wurde. Ryczywól schildert in seinem Bericht, wie er, als polnischer Bettler getarnt, in den Dörfern herumzog, ständig in der Gefahr, von Volksdeutschen, von polnischen Nichtjuden, darunter Polizisten schikaniert, misshandelt, ausgeplündert oder verraten zu werden, und zudem, wie er sogar von jüdischen Glaubensgenossen ausgenutzt wurde. Gleichwohl kam es laut seinen Angaben nicht selten vor, dass gerade die ärmere polnische Landbevölkerung ihm Lebensmittel und Unterschlupf gewährt hat. Der Beitrag von Rachel Auerbach nimmt unter den Texten des Sammelbandes eine Sonderrolle ein. Auerbach schildert die Todesmaschinerie im Vernichtungslager Treblinka in ergreifender Emotionalität, vor allem auf der Basis des Zeugenberichtes von Abraham Krzepicki, dem 1942 aus Treblinka die Flucht nach Warschau gelang und der dort den Mitarbeitern des Untergrundarchivs seine Erlebnisse berichtete. Auerbach bezog in ihren Bericht weitere, meist namentlich genannte Zeugen ein. Darüber hinaus vermittelte sie ihre Eindrücke beim Besuch des Lagergeländes von Treblinka als Mitglied einer Untersuchungskommission kurz nach Kriegsende. Hierbei schildert sie in drastischer und emotionaler Weise, wie Bewohner aus der Nachbarschaft des Lagers auf der Suche nach Wertgegenständen die Massengräber der ermordeten Juden rücksichtslos sprengten und durchwühlten. Die Zeugenaussage Krzepickis, der 1943 beim Warschauer Getttoaufstand ums Leben kam und der dem Bericht Rachel Auerbach zugrunde lag, wurde 1950 bei Bauarbeiten im Gettogebiet mit weiteren Dokumenten als Teil des Ringelblum-Archivs geborgen. Krzepicki, der dem sogenannten Lumpenkommando angehörte, das für die Sortierung der Kleidung der Ermordeten zuständig war, skizzierte erstmals in überraschend nüchterner Diktion die Verhältnisse im Lager. Sein Bericht offenbart schockierende Einblicke in den Ablauf des alltäglichen Raubs, in die Brutalität der Wachmannschaften und die Todesmaschinerie des Vernichtungslagers. Mendel Balberyszski berichtet als Überlebender

über die Verhältnisse und die von ständiger Angst und Anspannung geprägte Stimmung in der Bevölkerung des Wilnaer Gettos vor dessen Räumung Anfang September 1943. Kritisch beschreibt er dabei auch die Rolle des jüdischen Gettovorstandes, der zum eigenen Vorteil mit den deutschen Machthabern kooperierte und sich auf Kosten der Bevölkerung des Gettos bereicherte, sowie das skrupellose Vorgehen der jüdischen Gettopolizei, die vor Raub und Plünderungen der Gettobewohner nicht zurückschreckte. Ähnlich wie Gerszon Taffet schildert Lejb Zylberberg 1947 die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung des in der Nähe von Sandomierz gelegenen Städtchens und Sztetls Klimontów, dessen Führung seinem Urteil nach, nicht aus einer „organisierten politisch-gesellschaftlichen Kraft“, sondern aus rücksichtslosem und verbrecherischem „Abschaum“ gegenüber den eigenen Leidensgenossen bestand. Bei der Erzählung seiner Odyssee durch das Getto von Sandomierz, bei der Zwangsarbeit und auf der Flucht beschreibt er die Raubgier deutscher Soldaten, die ablehnende antisemitische Haltung der polnischen Untergrundarmee (Armia Krajowa), ferner das brutale Verhalten der polnischen Polizei, aber auch zahlreiche Begegnungen mit Menschen, die den Überlebenden auf der Flucht halfen. Den letzten Beitrag des Bandes stellt der unveröffentlichte Zeugenbericht des seinerzeit 14-jährigen Berek Freiberg aus dem Vernichtungslager Sobibór dar, der drastische Schilderungen über die Vorgänge in diesem Todeslager enthält, wie die äußerst brutale Ermordung von Kleinkindern und Babys durch die ukrainischen SS-Wachmannschaften, die auch von Zeugenaussagen in den späteren Sobibór-Prozessen bestätigt werden. Einige Schilderungen wären wegen mancher Unklarheiten zu hinterfragen, worauf die Herausgeber in ihrem Vorwort auch hinweisen. Allerdings fehlen zu vielen von Freiberg namentlich genannten Mitgliedern des Lagerpersonals Erläuterungen. Dennoch ist der Überlebensbericht Freibergs ein wichtiges Zeugnis für die unfassbare Brutalität der Massenmorde an den Juden in den Vernichtungslagern.

Die in diesem Sammelband edierten Berichte und Schilderungen offenbaren durch die zeitliche Nähe ihres Entstehens zu den Gräueln der Shoah viele Facetten der antisemitischen Verfolgungs- und Vernichtungsmaschinerie auf polnischem Boden in drastischer und manchmal kaum zu ertragender Weise. Sie zeigen zudem Überlebensstrategien auf, benennen Tätergruppen und nichtdeutsche Kollaborateure. Sie beschreiben die oftmals feindliche Haltung der nichtjüdischen Umgebung der Zeugen, aber auch die zwiespältige Rolle der Judenräte und der jüdischen Gettopolizei. Andererseits verdeutlichen sie ebenfalls, dass in den meisten Fällen ein Überleben ohne die Hilfe mutiger Menschen der polnischen Landbevölkerung nicht möglich gewesen wäre. Diese Dokumente sind ein überaus wichtiger Beitrag zur Erforschung des Holocaust. Darum wäre es an der Zeit, auch die bislang

unveröffentlichten Zeugnisse jüdischer Überlebender als deren Vermächtnis an die Nachwelt in deutscher Sprache zu edieren.

Marlene Klatt (Ibbenbüren)

Ingelene Rodewald: Zeugin des Grauens. Helmy Spethmann und ihre Fotografien aus dem Warschauer Ghetto. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2014. 103 S., Abb. ISBN: 978-3-89876-752-1

Ist zum Thema Zweiter Weltkrieg alles Wesentliche gesagt? Auf jeden Fall ist sehr viel interpretiert und geantwortet worden. Der Krieg hat sich so tief ins globale Gedächtnis des 20. Jahrhunderts eingebrannt, dass ein etwaiger Bedeutungsverlust einstweilen nicht abzusehen ist. Wir wissen über viele Ereignisse, Katastrophen, Verbrechen und Leiden sehr gut Bescheid. Dies gilt auch und gerade für die Unterdrückung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Die Ghettos auf polnischem Boden sind zum Symbol für die vorletzte Stufe vor der industriellen Vernichtung der europäischen Judenheit durch die Deutschen geworden. Ihre Geschichte ist in verschiedenster Weise dokumentiert und erzählt worden, nicht zuletzt durch die Ghettoinsassen selbst, sei es in Warschau, Litzmannstadt oder anderswo.

Wenn nun über 70 Jahre nach der endgültigen Zerstörung des Warschauer Ghettos ein Bändchen mit einigen bisher unbekannten Fotografien auftaucht, so ist dies nicht *per se* berichtenswert. Interessant sind allerdings die Umstände und die um die Bilder herum erzählten familiengeschichtlichen Aspekte.

Helmy Spethmann (1891-1979), die Tante der Autorin, stammte aus einer gutbürgerlichen Familie und arbeitete im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg als Krankenschwester. 1941/1942 war sie in Warschau tätig, bevor sie erkrankt den Dienst quittieren musste. Nach dem Krieg konnte sie keine berufliche Tätigkeit mehr ausführen, über ihre Erlebnisse im Osten sprach sie nie. Auf dem Sterbebett übergab sie ihrer Nichte ein Fotoalbum. Diese entdeckte erst nach Jahren, dass sich darin Aufnahmen aus dem Warschauer Ghetto befanden und entschloss sich dazu, diese zu veröffentlichen, auch um das Schweigen der Tante zu brechen, die durch die Bilder aus dem Ghetto offenbar stark traumatisiert worden war.

Die Fotos zeigen zu Beginn mehr oder weniger touristische Aufnahmen, die aus der Straßenbahn gemacht wurden, die durch das Ghetto fuhr. Am Ende stehen jedoch grausame Bilder vom allgegenwärtigen Tod. Die Fotografin, die zweifellos ein Risiko auf sich nahm,

als diese Bilder entstanden, sah für sich offenbar keinen anderen Ausweg als sie zu machen. Der Traumatisierung konnte sie dennoch nicht entgegen.

Wodurch unterscheidet sich nun dieses Buch von anderen? Die Autorin bettet die Fotos in die Geschichte ihrer Familie seit dem 19. Jahrhundert ein. Sie versucht damit verständlich zu machen, wieso Helmy Spethmann diese Fotos gemacht haben könnte. Wir erfahren einige Dinge über das Leben in Schleswig und über die offenbar komplizierten Familienverhältnisse. Letztlich müssen wir aber konstatieren, dass die Antworten heute nicht mehr gefunden werden können. Rodewald akzeptiert das und bemüht sich nicht um eine zwanghafte Sinnstiftung. Letztlich bleibt Helmy Spethmanns Biographie zwar rätselhaft und undeutlich, aber genau das kommt einem ehrlichen Bild von der Vergangenheit, der Vergeblichkeit von wahrhaftiger Erinnerung trotz erhaltener Dokumente mehr entgegen als irgendwelche unbelegten Interpretationen. Wir können vermuten, dass die Krankenschwester ihre Eindrücke verarbeiten und etwaigen späteren Zweifeln begegnen wollte. Nach 1945 war sie aber nicht mehr in der Lage zu sprechen, wo doch ein ganzes Land zu schweigen beschlossen hatte.

Zwar könnte man anmerken, dass es vielleicht wünschenswert gewesen wäre, Helmys Schicksal, ihr Leben als unverheiratete Frau in den 1930er Jahren und etwaige politische Verstrickungen genauer zu analysieren. Die Autorin deutet aber die Problematiken an eigenen Stellen zumindest an und ihre Kommentare zu den zeitgeschichtlichen Ereignissen zeugen von großer Sensibilität und solidem Wissen. Gleiches gilt im Übrigen für das kurze Geleitwort des Hamburger Osteuropahistorikers Frank Golczewski am Beginn des Buches.

Eine unausgesprochene Botschaft hat das Buch dann vielleicht doch noch: Dass man denjenigen Menschen, von denen man etwas erfahren möchte, rechtzeitig Fragen stellen sollte. Irgendwann ist es zu spät dafür.

Markus Krzoska (Gießen)

Andreas Götze: Streifzüge durch Südgroßpolen. Städte, Schlösser & Geschichte(n). Husum: Husum-Druck- & Verlagsgesellschaft 2013. 336 S. ISBN: 978-3-89876-674-6

Zu manchen Regionen jenseits des touristischen Mainstreams gibt es nach wie vor keine aktuellen Reiseführer und der potenzielle Besucher ist auf der Suche nach Informationen auf die meist schwachen Wikipedia-Einträge oder die meist noch schlechteren Internetpräsentationen der jeweiligen Städte und Gemeinde angewiesen. Dies alles gilt zum Beispiel auch für die Wojewodschaft Großpolen, wo man zum Teil lediglich auf ältere

deutsche Heimatliteratur mit ihren oftmals fragwürdigen Gesamtaussagen zurückgreifen kann. Umso erstaunlicher ist es, dass für das südliche Großpolen seit zwei Jahren ein solcher Reiseführer vorliegt, ohne dass der Verlag irgendeine Werbung dafür machen würde. Der Rezensent ist nur durch Zufall auf der Suche nach einem anderen in dieser Ausgabe besprochenen Buch auf ihn gestoßen.

Den Autor, der die Gegend in unzähligen Reisen seit 1995 besucht hat, wie er selber schreibt, kann man nur als profunden Kenner der lokalen Verhältnisse beschreiben, der ein so umfangreiches Wissen zur Geschichte dieses Landstrichs besitzt, wie es zumindest in Deutschland vermutlich niemand sonst aufweisen kann. In seinem Buch beschreibt er die Städtchen und Gemeinden zwischen Posen im Norden und Rawicz im Süden äußerst detailliert und lässt eine Fülle von Informationen, mit Vorliebe zur Adelsgeschichte der Region, einfließen. Wir erfahren Dinge, von denen vermutlich viele Bewohner der erwähnten Orte nie etwas gehört haben, immer wieder vermischt mit Auszügen aus literarischen Werken, Sagen und Legenden. Die regionale Abgrenzung ist freilich nicht ganz nachvollziehbar. Der eigentliche Süden der Wojewodschaft mit Orten wie Ostrów Wielkopolski oder Ostrzeszów taucht nicht auf.

Langweilig ist dieser Führer mit Sicherheit nicht geworden. Die Vielfalt der Themen und Informationen ist zugleich jedoch das größte Problem. Sie überfordern den Leser, zumal sie nicht klar strukturiert sind. Weniger wäre in der Tat mehr gewesen, da auch praktische Informationen weitgehend fehlen. Somit hat das Buch sicherlich vor Ort seinen Nutzen, eigentlich eignet es sich aber fast eher als Vorbereitung für einen Aufenthalt dort.

Markus Krzoska (Gießen)

Kristin Kopp, Germany's Wild East: constructing Poland as colonial space, Ann Arbor, Mich.: Univ. of Michigan Press, 2012. VIII, 255 S., Ill., Kt. (Social history, popular culture, and politics in Germany). ISBN: 978-0-472-11844-1

Nachdem die „Ostkolonisation“ als Konstrukt der Ostforschung gründlich dekonstruiert bzw. auch ideologiekritisch zerlegt wurde, war der Weg frei für den geschichtswissenschaftlichen Versuch, das politische und diskursive Verhältnis der Deutschen zu Polen (im geographisch europäischen „Osten“) im 19.-20. Jahrhundert als einen Bestandteil der Geschichte des Kolonialismus zu betrachten. War der europäische Kolonialismus ein Phänomen des Ausgreifens über die Meere hinweg, so konnte der scheinbar verspätete deutsche

Kolonialismus Polen als die „eigentliche deutsche Kolonie“ (Sebastian Conrad) betrachten und dabei auf eine viel längere Tradition deutscher kolonialer Diffusion im östlichen Europa zurückgreifen. Neben der territorialen preußisch-deutschen Expansionspolitik auf Kosten Polens war die „diskursive Kolonisierung“ Polens ein wichtiger Aspekt der Legitimierung der Inkorporation fremdnationaler Gebiete in einen deutschen Nationalstaat.

Kristin Kopp, Associate Professor of German an der University of Missouri, hat auf der Grundlage ihrer Dissertation nun ein Buch vorgelegt, in dem sie die deutschen Versuche, Polen als einen eigenen kolonialen Raum zu konstruieren, zum Gegenstand ihrer Untersuchung macht. Der chronologische Rahmen der Untersuchung ist klar abgesteckt und gut begründet. Sie beginnt mit der Paulskirche 1848 und der bekannten Polendebatte, die sie als Wendepunkt in der deutschen Polendebatte im Kontext der deutschen nationalen Frage markiert. Und sie schließt mit dem Ende der Weimarer Republik 1933, freilich nicht ohne auf gewisse Kontinuitäten bzw. Entwicklungen im Nationalsozialismus zu verweisen. Der historische Kontext wird konstituiert im Prozess der Entstehung des Nationalstaats, der Bildung einer Großmacht und einer Junior-Kolonialmacht in Europa und in der Niederlage im Ersten Weltkrieg, die den Verlust des Kolonialbesitzes sowohl in Übersee wie im Osten des Reiches zur Folge hatte. War also der deutsche ‚Kolonialbesitz‘ im Osten bis 1871 eher ein Postulat eines künftigen Nationalstaates (wenngleich es dabei um Realbesitz Preußens ging), so war er nach 1918 schon wieder eher ein Phantomschmerz, der umso mehr Revisionsforderungen und kolonialpolitische Phantasien für den Osten Europas anfeuerte.

Zu den Fragen, die Kopp zentral interessieren, und die sie auch relativ kontinuierlich im Auge behält, gehören: 1.) Die verschiedenen Formen der Konstitution eines kolonialen Subjekts und Objekts (des Anderen) unter den besonderen Bedingungen der deutschen historischen Entwicklung und die dazu gehörenden Diskursstrategien. 2.) Die Verbindungslinien zwischen dem Kolonialdiskurs bezüglich der Überseekolonien und dem bezüglich deutscher kolonialer Aufgaben im „Osten“, in „Polen“, bei den „Slaven“. Dabei kommen sowohl Parallelen, womöglich auch gegenseitige Einflüsse, sowie auch funktionale Unterschiede zwischen den beiden verwandten, aber nicht identischen Kolonialdiskursen. 3.) Die Prozesse der Konstruktion eines kolonialen Raums, der insbesondere im ‚Osten‘ nicht nur der kolonialen Ausbeutung dient, sondern seine Existenz der segensreichen Wirkung deutscher Kultur und deutscher Siedler verdankt. 4.) Die Fokussierung des deutschen Kolonialdiskurses auf „Polen“ als das koloniale Objekt, das der geographischen Nähe wegen, aber auch wegen der ethnischen Vermischung und der Fähigkeit zur kulturellen Mimikry für das koloniale Subjekt,

die Deutschen, zugleich eine besonders große Gefahr („Polengefahr“) darstellt. 5.) Schließlich beachtet Kopp die Bedeutung des Kolonialdiskurses für den Wandel des Selbstverständnisses des (deutschen) kolonialen Subjekts.

Die Bearbeitung der Fragen erfolgt nicht in einer systematisch-chronologisch angelegten Diskursgeschichte, sondern anhand von fünf Studien, die jeweils historisch eingeordnet werden, aber letztlich auch eigenständige Produkte eines Verfahrens darstellen, das eher in den Literatur- und Kulturwissenschaften angesiedelt ist: dem „close reading“. Drei Studien widmen sich auch in der Tat literarischen Produkten, eine ist der Kartographie gewidmet und eine dem Film. Die Gegenstände der einzelnen Kapitel sind auch keine Geheimtipps oder Neuentdeckungen, sie wurden allesamt in der Literatur zum Teil vielfach untersucht. Die Autorin versteht es aber, die Gegenstände ihrer Untersuchungen so zu formen, dass sie scheinbar willig Antworten auf ihre Fragen liefern. Sie verleiht ihnen auch stilistisch eine eigentümliche Dynamik, ist selbst meinungsstark, meidet aber jede schlichte Reproduktion von Stereotypen. Vielleicht aber gerade deshalb stellt sich bei der Lektüre gelegentlich das Gefühl ein, allzu willig einer Überinterpretation auf den Leim zu gehen.

Das erste Kapitel ist Gustav Freytags Roman „Soll und Haben“ (1855) gewidmet, in dem Kopp den grundlegenden Kolonialroman erblickt, in dem sowohl das kolonisierende Subjekt (das deutsche Bürgertum), das koloniale Objekt (die Polen) und der koloniale Raum (die polnische Wüstenei) konstituiert werden. Es folgt im zweiten Kapitel eine Analyse der „Ostmarkenliteratur“, die in einen assimilatorischen und einen exklusionistischen Strang aufgeteilt wird. Im dritten Kapitel liest Kopp Fontanes „Effi Briest“ (1895) als einen Roman, in dem das deutsche imperiale Projekt befördert und die „polnische Gefahr“ in der verführerischen Figur des „Halb-Polen“ Crampas (des polnischen Dracula?) beschworen wird, – eine überaus suggestive Lesart, die „meinem Fontane“ allerdings Gewalt antut. Im vierten Kapitel werden die suggestive Kraft und der Wandel politischer Funktionen der Kartographie gezeigt am Beispiel von Karten aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik, die Verluste und (koloniale) Ansprüche auf deutschen „Kulturboden“ anschaulich machen sollten. Im letzten Kapitel wird der Film „Nibelungen“ (1924) von Fritz Lang als eine Veranschaulichung der aus dem Osten drohenden Gefahr interpretiert. Dies geschieht mit Hilfe architektonischer Zitate, die zeigen, was mit deutschem Kulturboden geschieht, wenn er von „Hunnen“ besetzt wird.

Das Buch ist eine lohnende Lektüre. Der kulturhistorische und diskursgeschichtliche Ansatz ist politikgeschichtlich nicht abgehoben. Der Text hat literarische Qualitäten, wirkt allerdings gelegentlich zu suggestiv. Das gilt auch für das Arrangement von Themen, die zwar keine

Statik, aber doch eine Einheit suggerieren. Vier der fünf Kapitel sind bereits zuvor als Einzeltexte erschienen und wurden für die Buchausgabe bearbeitet und einer Struktur untergeordnet.

Andreas Lawaty (Lüneburg)

Tomasz Markiewicz / Tadeusz W. Świątek / Krzysztof Wittels (Red.): Polacy z wyboru. Rodziny pochodzenia niemieckiego w Warszawie w XIX i XX wieku = Polen aus freier Wahl. Deutschstämmige Familien in Warschau im 19. und 20. Jahrhundert. Warszawa: Wydawnictwo Dom Spotkań z Historią 2012. 303 S. ISBN 978-83-62020-46-1

Der reich illustrierte Bildband und die gleichnamige Ausstellung gehen auf die Initiative der „Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit“ und des „Hauses der Begegnung mit der Geschichte“ in Warschau zurück. Sowohl der Bildband als auch die Ausstellung entstanden auf der Grundlage von Beständen aus Privatarchiven sowie Warschauer Bibliotheken und Museen. Das Buch erzählt die Geschichte von 26 deutschstämmigen Familien und stellt ihren Anteil an der Entwicklung von Industrie, Wissenschaft, Kultur und dem gesellschaftlichen Leben der Hauptstadt und des Landes dar. Die Herausgeber betonen im Vorwort, dass nicht alle Familien, von denen es in Warschau mehrere hunderte gibt, in das Buch aufgenommen werden konnten. Ihr Anliegen war es, die deutschstämmige Gemeinschaft nicht enzyklopädisch zu erfassen, sondern anhand ausgewählter Beispiele die Migration aus den deutschen Ländern in den vergangenen zwei Jahrhunderten darzustellen. Die Herausgeber wurden zur Bearbeitung dieses Themas durch ein Defizit inspiriert. Sie stellten nämlich fest, dass es bis dahin keine umfassende Darstellung dieser Thematik gab, obwohl es seit der Wende 1989 in Mode ist, sich auf die multikulturelle Vergangenheit Warschaus zu berufen. Es sind zahlreiche Veröffentlichungen über die jüdischen Einwohner Warschaus erschienen, ebenso zu den Russen, Armeniern sowie Ukrainern. Über die deutsche Präsenz wurde sowohl vor als auch nach der Wende geschwiegen. Das Stichwort „Deutsche in Warschau“ wird nach wie vor eindeutig negativ assoziiert. An die friedliche Zuwanderung der Ankömmlinge aus den deutschen Ländern und ihre Koexistenz in Warschau seit der Entstehung der Stadt erinnert sich niemand. Diese Feststellung ist sehr interessant, weil das Stichwort „Deutsche in Polen“ fast überall nach dem Zweiten Weltkrieg negative Konnotationen hatte. Trotzdem sind nach der Wende viele Veröffentlichungen über die deutsche Präsenz in verschiedenen Städten Polens erschienen, z.B. wurden bereits seit 1998 an der Lodzer Germanistik Projekte über

Deutsche in Lodz entwickelt (deutsche Spuren in der Stadt, Gespräche mit den ehemaligen Einwohnern der Stadt, Beiträge über die Leistung deutscher Industrieller im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich etc.). Die Autoren dieses Bandes gehen nicht auf die weiteren Gründe für das Desinteresse an der Rolle der Deutschen in Warschau ein. Mit ihrem Bildband tun sie aber den ersten Schritt, um die positiven Seiten der deutsch-polnischen Geschichte und die Schicksale der deutschstämmigen Familien aufzuarbeiten und darzustellen. Der Präsentation der deutschen Familien geht ein historischer Überblick über die Geschichte der deutschen Präsenz in Warschau voraus. Der Autor dieses Beitrags, Tomasz Markiewicz, schildert die Geschichte der Einwanderung vom Mittelalter, über die Zeit der polnisch-sächsischen Union, die Regierungszeit Stanislaus August Poniatowskis, das 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg und zeigt dadurch, dass diese Anwesenheit keine Episode war. Er nennt Namen von berühmten Architekten, Industriellen, Handwerkern, Verlegern, Buchhändlern, Wissenschaftlern, Künstlern, Geistlichen, Militärs etc. Gerhard Gnauck, Historiker und Korrespondent der „Welt“, versucht eine Brücke zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart von Warschau zu schlagen. Aus der Perspektive eines Deutschen, der in Warschau lebt, stellt er sein subjektives Bild der Deutschen in der Hauptstadt dar.

Eine zentrale Stelle im Band nehmen aber die Schicksale von 26 Familien ein. Manche von ihnen sind allgemein in Polen bekannt wie der Besitzer des berühmten Weinlokals Fukier, der Architekt Schuch, Pastor Bursche, Romuald Traugutt, General Juliusz Rómmel, General Władysław Anders, der Historiker und Biograph Joachim Lelewel, der Schöpfer des ersten Wörterbuches zur polnischen Sprache Samuel Bogumil Linde, der Ethnograph Oskar Kolberg, der Maler Jozef Brandt sowie der Konditormeister Karl Ernst Wedel. Zuerst werden die ältesten Familien präsentiert, wie die Fugger, deren Vertreter Georg Fugger 1515 sich in Warschau ansiedelte. Die Autoren zeigen das Schicksal dieser Familie von 1515 bis 1959 als der letzte Vertreter mit dem polonisierten Namen Fukier ohne Nachkommen verstarb. Die chronologische Darstellung wird durch Auszüge aus den Memoiren von Henryk Maria Fukier und von Bildern ergänzt. Eines der Bilder zeigt Thomas Mann in der Weinstube von Fukier, wo 1927 ein Empfang mit polnischen Schriftstellern stattfand. Ähnlich gehen die Autoren bei anderen deutschstämmigen Familien vor. Im Falle der Familie Kerntopf, Eigentümer der Flügel- und Klavierfabrik, werden Erinnerungen von Jan Ignacy Paderewski zitiert. Da die Herausgeber mit den im Buch präsentierten Familien einen engen Kontakt knüpfen konnten, war der Zugang zu den Familienarchiven möglich, aus denen viele Bilder stammen.

Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass sich die deutschen Ankömmlinge in Warschau – im Gegensatz zu Lodz – freiwillig und viel schneller assimiliert haben, weil sie im Alltag engen Kontakt mit der polnischen Bevölkerung hatten, oft Polinnen oder Polen heirateten. Sie fühlten sich von polnischer Kultur angezogen, die in Warschau von einer aristokratischen und finanziellen Elite vertreten wurde, die es in Lodz nicht gab. In Lodz – anders als in Warschau – gab es eine geschlossene und organisierte Minderheit, die meistens unter sich verkehrte.

Die letzten zwei Kapitel stellen Kriegsschicksale der deutschstämmigen Familien, u.a. die Annahme oder Ablehnung der Volksliste, Verhaftungen durch die Gestapo, Deportationen in Konzentrationslager, Teilnahme an der bewaffneten polnischen Widerstandsbewegung sowie die Schicksale nach 1945 dar. Das Buch wird von einem historischen Lexikon und dem Personenregister abgerundet.

Es handelt sich hier um ein populär-wissenschaftliches Buch. Daher findet man keine Fußnoten, keine Auseinandersetzung mit der Forschung oder Verweise auf die Forschungsliteratur, keine Literaturliste, obwohl diese in einer solchen Veröffentlichung für die Leser sehr hilfreich wäre. Die meisten Probleme und Themen werden nur angedeutet. Die Problematik ist aber so umfangreich, dass man von einem Bildband nicht verlangen kann, dass er auf die Einzelprobleme tiefer eingeht. Das Buch macht den Lesern deutlich bewusst, dass wir es mit einem großen Defizit zu tun haben. Mit dieser Veröffentlichung haben aber die Herausgeber einen guten Ansatzpunkt und eine Anregung für die Forschung geliefert, die die Arbeit an dem Thema aufnehmen könnte/sollte. Die Forschungsergebnisse in anderen Städten Polens haben gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit der deutschen Minderheit in einzelnen Städten möglich ist und dass dadurch zur Hinterfragung von Stereotypen und zur Bildung regionaler Identitäten beigetragen wird.

Krystyna Radziszewska (Łódź)